



Beschluss der 29.Landesmitgliederversammlung (LMV) in Landshut  
vom 18. bis 20. November 2011

## Vielfalt statt Integration - Du bist wichtiger als Deutschland

Präambel.....	2
Integriert euch! – Analyse der bisherigen Debatte.....	2
Kritik der Mehrheitsgesellschaft.....	2
1. Kultur.....	2
2. Heimat.....	3
3. Sprache.....	3
Integrationsbegriff.....	3
Übergang zur offenen Gesellschaft.....	4
Partizipation statt Integration.....	4
Interkultur.....	4
Modell einer vielfältigen Gesellschaft.....	5
Arbeit.....	5
Zugang zum Arbeitsmarkt.....	5
Bildung.....	6
Sozialpolitik.....	7
Religionen.....	7
Sprache.....	8
Die deutsche Gesellschaft überwinden.....	9



## **Vielfalt statt Integration - Du bist wichtiger als Deutschland**

### **Präambel**

In den vergangenen Jahren waren Debatten um das Thema Integration häufig Teil der Tagespolitik. Die GRÜNE JUGEND Bayern formuliert eine grundlegende Kritik an der Idee einer Mehrheitsgesellschaft sowie an den Konzepten Integration und Leitkultur. Denn gerade bei den Begrifflichkeiten in dieser Debatte ist eine Aufarbeitung notwendig. Sie wurden oftmals falsch verwendet, da sie nie den Zweck der Vielfältigkeit verfolgten, sondern stets Anpassung gefordert haben.

Wir möchten ein junggrünes Modell vorstellen, das alle Menschen gleichermaßen teilhaben lässt, das Barrieren abbaut und eine Gesellschaft schafft, in der Vielfalt akzeptiert und erwünscht ist.

### **Integriert euch! – Analyse der bisherigen Debatte**

#### **Kritik der Mehrheitsgesellschaft**

In der Integrationsdebatte wird häufig gefordert, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund ändern müssen, um an der Gesellschaft teilhaben zu können. Migrant\*innen, deren Kinder und Enkelkinder werden aufgefordert, sich in die deutsche Mehrheitsgesellschaft zu integrieren. Dass es eine deutsche Mehrheitsgesellschaft gar nicht gibt, wird dabei außer Acht gelassen. Bald jeder Fünfte in Deutschland lebende Mensch hat Migrationshintergrund, in manchen Großstädten sind es sogar fast 40% der Bevölkerung und bei Kindern ungefähr zwei Drittel. Deutsch-Sein wird häufig über Geburtsort, Hautfarbe, Sprache, Bekenntnis zum Grundgesetz, Staatsbürger\*innenschaft, Ahnen oder Zugehörigkeit zur christlich-abendländischen Leitkultur definiert. Auf diese Weise wird versucht, ein homogenes Konstrukt zu erschaffen – eine homogene deutsche Gesellschaft, der sich alle anpassen müssen. Es wird übergangen, dass dieses Konstrukt aber in der Realität nicht existiert.

Die Existenz der deutschen Aufnahmegesellschaft wird mit Referenz auf eine gemeinsame Kultur, Heimat und Sprache konstruiert und dient alleine der Ab- und Ausgrenzung.

#### **1. Kultur**

Hauptsächlich geschieht die kulturelle Abgrenzung durch Begrifflichkeiten: Die „christlich-abendländische Leitkultur“ wird als höherwertig gegenüber „anderen Kulturen“ präsentiert und wertet damit Menschen, die als nicht zum Christ\*innentum oder Abendland zugehörig betrachtet werden, ab.

Als Angehörige\*r einer bestimmten „Kultur“ werden den Menschen bestimmte Eigenschaften zu- oder abgesprochen. Der bisher von vor allem bürgerlichen Kreisen überwunden geglaubte Rassismus erfreut sich neuer Beliebtheit – nun aber unter dem Deckmantel der kulturellen



Überlegenheit.

Die GRÜNE JUGEND Bayern wendet sich ausdrücklich gegen diese neue Form des Rassismus und weist darauf hin, dass alle Individuen von verschiedensten Komponenten geprägt sind, die nicht kategorisierbar sind. Außerdem verneinen wir den Begriff Leitkultur, da er in hohem Maße abwertend ist.

## 2. Heimat

Die GRÜNE JUGEND Bayern lehnt die Verwendung des Heimatbegriffs in politischen Diskursen ab. Heimat dient in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen häufig der Unterdrückung von Kritik an den herrschenden Zuständen. Wird Heimat als ein Begriff für enge persönliche Beziehungen zwischen Menschen und Regionen in der Politik benutzt, wird politische Kritik an der "Heimat" zur "Nestbeschmutzung". Außerdem dient der Heimatbegriff oft der Abgrenzung gegenüber Menschen, die nicht als Teil dieser Gesellschaft begriffen werden – sei diese Heimat nun in örtlichem, politischem, zeitlichem, kulturellem oder beliebig anderem Kontext gemeint. Eine solche Verwendung lässt Heimat exklusiv werden und verwehrt anderen Zugang und Partizipation.

Die GRÜNE JUGEND Bayern respektiert Heimat als persönliches Gut, wehrt sich aber gegen die Instrumentalisierung des Begriffs im Dienste einer strukturellen Politik der Ausgrenzung und des Beharrens auf überholten Vorstellungen.

## 3. Sprache

Sprache ist als Mittel der Kommunikation bedeutend, um am gesellschaftlichen Leben und demokratischen Prozessen teilhaben zu können. Deutsch verstehen wir dabei als Sprache, die momentan von sehr vielen gesprochen wird und somit als Kommunikationsmittel hilfreich sein kann – ihr kommt aber kein Alleinstellungsmerkmal zu. Auch andere Sprachen oder Fortentwicklungen der Sprache können Basis des Miteinanders sein. Vor diesem Hintergrund muss es allen Menschen, die es wünschen, auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu leben, ermöglicht werden, teilzuhaben. Ein einfacher Verweis auf das Lernen der deutschen Sprache reicht dazu nicht aus. Noch dazu gibt es nicht die eine deutsche Sprache – durch Unterschiede zwischen den verschiedenen deutschen Dialekten wird auch die Kommunikation zwischen Deutsch Sprechenden erschwert oder verhindert, so dass eine Konstruktion von Deutsch-Sein auch nicht über Sprache möglich ist.

## Integrationsbegriff

In der migrations- und gesellschaftspolitischen Debatte ist die Forderung nach Integration fester Bestandteil geworden. Zum einem ist das Konzept, das hinter dem Begriff Integration steht, höchst problematisch, da es von einer Aufnahme- und Mehrheitsgesellschaft ausgeht.

Zum anderen wurde der Begriff Integration in den letzten Jahren immer stärker instrumentalisiert.



Statt „Ausländer raus“, heißt es nun „Integrationsverweigerer raus“ und das klingt dann auch vermeintlich plausibler. So werden rassistische Forderungen schöngeredet. Oft wird bestimmten Bevölkerungsgruppen dann mithilfe eines Kulturbegriffs nicht nur die Integrationsbereitschaft abgesprochen. Menschen mit Migrationshintergrund werden ausgeschlossen, stigmatisiert und Menschen, die längst Teil der Bevölkerung sind, zu Fremden gemacht. Der Begriff Integration ist mit Voraussetzungen und überholten Vorstellungen von einer Aufnahmegesellschaft belastet.

Die GRÜNE JUGEND Bayern distanziert sich vom Konzept der Integration und fordert eine barrierefreie, inklusive und interkulturelle Gesellschaft. Wir wehren uns gegen die Verwendung des Begriffs Integrationsverweiger\*innen. Die Anpassung an konstruierte gesellschaftliche Normen kann nicht Bedingung sein für das Leben auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Deutsche Staatsbürger\*innen, die gegen Gesetze verstoßen, werden auch nicht aus den Grenzen Deutschlands ausgewiesen. Für Migrant\*innen muss das auch gelten. Nur weil sie nicht in Deutschland geboren sind, dürfen keine anderen Maßstäbe verwendet werden!

## Übergang zur offenen Gesellschaft

### Partizipation statt Integration

Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft. Menschen sind verschieden und deshalb muss es jeder\*em möglich sein, Teil der Gesellschaft zu sein. Weitergehend soll Partizipation nicht nur möglich, sondern erwünscht sein. Wir wollen die Möglichkeit der Mitgestaltung für jede\*n, ohne vorher einen Prozess durchlaufen oder sich Regeln auferlegen lassen zu müssen.

Wir fordern eine inklusive Gesellschaft. Die Bevölkerung muss sich nicht Deutschland anpassen, sondern Deutschland der Bevölkerung. Es geht also um Barrierefreiheit im weiteren Sinne. Menschen mit Migrationshintergrund, sowie Menschen mit Behinderung, begegnen Barrieren in allen Lebenslagen. Sie werden nicht als Teil dessen gesehen, zu dem sie dazugehören. Partizipation behinderter Menschen ist nur dann möglich, wenn bestehende Barrieren abgebaut werden, damit auch ihnen Inklusion ermöglicht wird. Sie sollen sich in Deutschland „integrieren“ und dann erst dürfen sie „mitspielen“. Dabei sind sie längst Teil von Deutschland.

### Interkultur

Um Barrierefreiheit zu ermöglichen, dürfen keine Grenzen zwischen Kulturen gezogen werden. Menschen dürfen nicht auf eine ihnen zugeschriebene Kultur reduziert werden. Zum Beispiel gibt es nicht die deutsche, die türkische, die russische, die südländische oder die islamische Kultur. Es gibt keine Vielfalt an homogenen Kulturen, sondern eine Vielfalt an Menschen. So sehen wir auch ein multikulturelles Gesellschaftskonzept problematisch. Teile der Gesellschaft schreiben Menschen eine bestimmbare Kultur zu, der sie nicht entfliehen können.

Diese Idee von Kultur wirkt sich auf die hiesige Migrations- und Integrationsdebatte aus. Mit



diesem Begriff wird Politik gemacht. Wo früher Rasse verwendet wurde, gebraucht man heute den Begriff Kultur. So seien einige Menschen kulturell nicht im Stande, zur „deutschen Gesellschaft“ zu gehören. Genauso werden in der Debatte Menschen „anderer Kultur“ häufig mit Vorwürfen konfrontiert, angebliche Werte der christlich-abendländischen Leitkultur grundsätzlich nicht nachvollziehen zu können und abzulehnen – sei das nun auf Gleichberechtigung, Religionsfreiheit oder Demokratieverständnis bezogen. Solchen Kulturrassismus lehnen wir ab und sehen Interkultur als Alternative: Institutionen müssen auf ihrer interkulturelle Offenheit geprüft und entsprechend geöffnet werden.

Unser Ziel ist eine offene Gesellschaft, die politisch, demokratisch und pluralistisch gestaltet werden muss.

## Modell einer vielfältigen Gesellschaft

### Arbeit

Menschen mit Migrationshintergrund treffen in der Arbeitswelt auf viele Probleme. Jugendliche auf der Suche nach Ausbildungsplätzen bekommen zu spüren, was es heißt, diskriminiert zu werden. Die Vergabe der Ausbildungsplätze spiegelt das deutlich wieder. Drei Monaten nach dem Abschluss der Schule, hat jede\*r Zweite ohne Migrationshintergrund einen Ausbildungsplatz. Bis jede\*r Zweite der Jugendlichen mit Migrationshintergrund einen Ausbildungsplatz hat, vergehen 17 Monate. Deutlich macht das auch die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungen: Nur die Hälfte der 20 bis 24 Jahre alten Menschen mit Migrationshintergrund verfügt über einen Ausbildungsabschluss. Zudem ist die Arbeitslosenquote unter Menschen mit Migrationshintergrund rund doppelt so hoch wie die unter Menschen ohne Migrationshintergrund. Als Antwort darauf wird häufig gefordert, die Einwanderung auf hochqualifizierte Fachkräfte zu beschränken. Dabei wird im Kampf um die „besten Köpfe“ Einreise und Ausüben des Jobs gerne gewährt. Kann hingegen keine solche Qualifikation oder die Herkunft aus einem EU-Mitgliedsstaat nachgewiesen werden, sinken die Chancen, in Deutschland eine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen drastisch. So werden Migrant\*innen auf Humankapital reduziert. Die Arbeitsplatzvergabe von staatlicher Seite ist am leichtesten zu beeinflussen. Immer noch sind Arbeitnehmer\*innen im öffentlichen Dienst häufig „deutscher Herkunft“.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, vermehrt auch Arbeitnehmer\*innen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst einzustellen, um auch zum Beispiel in Behörden ein repräsentatives Abbild der Gesellschaft zu haben und als Vorbild für privatwirtschaftliche Unternehmen zu dienen.

### Zugang zum Arbeitsmarkt

Wir fordern eine weitergehende Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Die bisherigen Maßnahmen auf Bundes- und Europaebene regeln nur wenige Berufe und die Hürden,



die genommen werden müssen, sind weiterhin zu hoch. Inakzeptabel sind die Erhebung von Gebühren für Anerkennungen oder Teilanerkennungen, bei denen ein Zusatznachweis erworben werden muss, um eine adäquate Ausbildung nachvollziehen zu können. Besonders im nicht-akademischen Bereich sind hier die Möglichkeiten der Anerkennung von Ausbildungen begrenzt. Bestehende Regelungen müssen vereinheitlicht und die bisherige Berufserfahrung berücksichtigt werden.

Die bestehende Situation führt dazu, dass Migrant\*innen häufig gezwungen sind, im Niedriglohnsektor zu arbeiten, was äußerst schlechte Arbeitsbedingungen und eine starke Abhängigkeit von wirtschaftlichen Schwankungen zur Folge hat.

Die GRÜNE JUGEND Bayern spricht sich für die umgehende Einführung von verpflichtend anonymen Jobbewerbungen aus, damit Bewerbungen nicht an einem ausländisch klingenden Namen scheitern. Bisher bestehende Lohnunterschiede zwischen Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund müssen im Zuge der Anti-Diskriminierung ausgeglichen werden. Insbesondere ist es unhaltbar, dass es Migrant\*innen, insbesondere Flüchtlingen, verboten wird, zu arbeiten. Dies erschwert es noch weiter, eine Existenz aufzubauen. Wir brauchen eine offene Gesellschaft, in der es sich lohnt, Mensch zu sein.

## Bildung

Leider verlassen Jugendliche mit Migrationshintergrund aufgrund von Diskriminierung – allgemein und auch strukturell im Bildungssystem – immer noch deutlich häufiger die Schule ohne Abschluss. Dadurch haben sie schlechtere Ausbildungschancen, besuchen wesentlich häufiger Förderschulen, die ihnen keine Perspektiven bieten und erlangen seltener die allgemeine Hochschulreife. Das selektive Bildungssystem ignoriert nach wie vor die Pluralität der Schüler\*innen und reproduziert soziale Ungleichheit.

Kompetenzrückstände der Schüler\*innen und Lehrer\*innen müssen durch individuelle Förderung aufgeholt werden. Das bayerische Schulsystem kann diese Forderungen nicht in die Tat umsetzen. Die Selektion von Kindern nach der 4. Klasse ist dabei einer der größten Hinderungsgründe.

Daher fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Realisierung eines Gemeinschaftsschulkonzeptes. In einem solchen Umfeld können interkulturelle Kompetenzen weitaus besser erlernt werden, da die Schüler\*innen nicht „auf einen Nenner“ gebracht werden müssen und so auch ihren persönlichen Hintergrund behalten können.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert auch mit ihrem Beschluss „Gerechtigkeit braucht Bildung – Bildung braucht Gerechtigkeit“ (Oktober 2010), dass Bildung nicht vom gesellschaftlichen Stand, der Vorbildung und dem Hintergrund der Eltern abhängen darf. Es ist das Bildungssystem, das Chancengleichheit schaffen muss!

Auch Erwachsenenbildung muss ungehindert von Sprachbarrieren ausgeweitet werden. Denn Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie ist unter anderem eine umfassende Allgemeinbildung. Wir fordern kostenlose Bildungsangebote für Menschen allen Alters und jeder Herkunft, die so konzipiert sein sollen, dass sie mit Arbeit und Familie vereinbar sind.



## Sozialpolitik

Die Verteilungsfrage ist ein Problem, das uns in den nächsten Jahren immer stärker beschäftigen wird. Menschen, die als Nicht-Deutsche kategorisiert werden, sind dabei oft benachteiligt.

Die GRÜNE JUGEND Bayern stellt sich gegen rechtskonservative Hetze, die den Sozialstaat nur „Deutschen“ zugänglich machen will. Jede\*r hier Lebende hat ein Recht auf soziale Absicherung und Gesundheitsversorgung. Wohlfahrt ist für alle da! Gerade Asylbewerber\*innen leiden unter menschenunwürdigen Zuständen in den ihnen zugewiesenen Unterbringungen. Mangelnde medizinische Versorgung, Unfreiheit durch Residenzpflicht, Bevormundungen, massive Diskriminierung, schlechte Unterbringung und kaum Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung sind die traurigen Tatsachen, denen Migrant\*innen ausgesetzt sind.

Wir fordern deshalb die Abschaffung des Asylbewerber\*innenleistungsgesetzes, da wir der Meinung sind, dass Grundrechte an oberster Stelle stehen und wir menschenverachtende Maßnahmen nicht tolerieren dürfen. Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben sollte für alle Menschen selbstverständlich sein. Weg mit dem Lagerzwang!

Wer vom „deutschen Sozialstaat“ profitieren möchte, soll jederzeit die Möglichkeit haben, barrierefrei daran teilzuhaben. So darf zum Beispiel der freie Zugang zur Krankenversorgung nicht von erworbenen Kenntnissen wie der deutschen Sprache oder Geschichte abhängen. Bürokratisierung und die damit verbundene Ausgrenzung darf niemanden davon abhalten, am Sozialstaat teilzuhaben.

Aber auch Migrant\*innen, die bereits die deutsche Staatsbürger\*innenschaft besitzen, sind von Diskriminierung betroffen: kaum Rente und unzureichende Versicherungen sind Phänomene, die häufig anzutreffen sind. Selbst wer in einem anderen Land in die Rentenkasse eingezahlt hat, hat wenig Chancen auf Anerkennung.

Deshalb fordern wir, dass jeder in Deutschland lebende Mensch im Rentenalter eine Mindestrente erhält, die sowohl ein menschenwürdiges Leben, als auch eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Sozialpolitisches Planen heißt auch Städte planen. Die inklusive Gesellschaft muss auch in der Stadtentwicklungspolitik mitgedacht werden. Daher gilt es sozioökonomisch homogenen Vierteln vorzubeugen und darauf zu achten, dass finanziell schwächere Viertel infrastrukturell nicht benachteiligt werden. Wir wollen, dass alle Menschen überall leben können.

## Religionen

Nichtchristliche Migrant\*innen werden doppelt diskriminiert. Insbesondere der immer stärker werdende antimuslimische Rassismus bereitet uns große Sorge. Muslim\*innen werden in unserer Gesellschaft immer mehr stigmatisiert und ausgegrenzt. Sie sehen sich immer größerer Hetze von Rechtspopulist\*innen und konservativen Politiker\*innen ausgesetzt. Die erschreckende Erkenntnis, dass ein Großteil der Gesellschaft diesen Thesen zustimmt, muss Alarmglocken läuten lassen! Die in Deutschland bestehende Religionsfreiheit muss unter allen Umständen gewahrt bleiben. Hierfür ist umfangreiche Bildungsarbeit notwendig. Religiosität ist eine private Einstellung,



von der das Sozialleben nicht abhängen darf.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher die Abschaffung von konfessionellem Unterricht, der Kinder bereits sehr früh durch ihren Stundenplan nach Religionen trennt, sowie die Einführung eines allgemeinen religionswissenschaftlichen Unterrichts. Diese Bildungsmöglichkeit muss jedoch genauso für Erwachsene angeboten werden. Religionsunterricht ist, wenn gewünscht, von den religiösen Institutionen in eigenen Räumlichkeiten anzubieten. Auch am Arbeitsmarkt, egal ob bei öffentlichen oder privaten Arbeitgeber\*innen, ist es nicht hinnehmbar, dass Menschen nach ihrer Religion diskriminiert werden. Insbesondere fordern wir die Abschaffung von Ausnahmeregelungen, die Kirchen als Arbeitgeberinnen genießen. Ein säkularer Staat ist die Grundlage für eine pluralistische Gesellschaft - wir fordern die Gleichstellung aller Religionsgemeinschaften.

## Sprache

Die Verständigung untereinander setzt eine gemeinsame Sprache voraus. Meistens wird in Deutschland jedoch wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass dies die deutsche Sprache sein muss – für eine offene Gesellschaft ist dieser Zustand nicht tragbar. Eine Verbesserungsmöglichkeit bietet die Erweiterung der Amtssprachen – Behördengänge müssen transparent und verständlich organisiert werden. Der Zugang zu staatlichen Leistungen darf nicht an bürokratischen Strukturen scheitern. Der Einsatz erfahrener Dolmetscher\*innen sowie das mehrsprachige Angebot von Formularen und Information sind Grundvoraussetzungen. Als Hoheitsaufgabe der Länder sollte Bayern zumindest die gängigsten „Fremdsprachen“ als Amtssprachen führen.

Dennoch ist Deutsch die Sprache, die in diesem Nationalstaat am häufigsten gesprochen wird, weshalb es die Möglichkeit für Migrant\*innen geben sollte, an kostenlosen, freiwilligen Sprachkursen teilzunehmen. Solche Möglichkeiten muss es insbesondere auch für Kinder geben, da es Eltern teilweise nicht möglich ist, ihren Kindern die deutsche Sprache beizubringen.

Bisher hängt die Benachteiligung von Migrant\*innen im Schulleben stark damit zusammen, dass viele Kinder zu Hause nicht in der deutschen Sprache erzogen werden, dies von den Schulen jedoch immer noch als Grundvoraussetzung für schulisches Lernen erachtet wird.

Das Niveau des Deutschsprechens wird dabei mit der Leistungsfähigkeit der Kinder gleichgesetzt - ohne Berücksichtigung ihrer Fähigkeiten in ihrer eigentlichen Muttersprache. Da einige Kinder die Unterrichtssprache Deutsch nicht wie verlangt, beherrschen, fallen sie so in ihrer schulischen Entwicklung zurück, da sie nur mit Schwierigkeiten die erforderliche Lesekompetenz erlangen. Deshalb müssen als kurzfristige Konsequenz auch Möglichkeiten, dies zu verbessern, die sich bereits

im Kindergarten bieten, genutzt werden. Das beinhaltet Sprachkurse und auch entwicklungspädagogische Schulungen für Erzieher\*innen, die eine multilinguale Erziehung der Kinder ermöglichen. Des Weiteren muss sprachfördernd geschultes Personal zu Verfügung stehen, um den Kindern einen sprachbarrierefreien Übergang in die Grundschule zu ermöglichen.





Sprachförderung sollte, soweit nicht im Kindergarten ausreichend erfolgt, auch in der Schule weiterbetrieben werden. Dies kann jedoch nur ein erster Schritt sein. Auf lange Sicht wollen wir Deutsch nicht länger als einzige Unterrichtssprache, sondern eine der Bevölkerung und ihrer(n) Sprache(n) angepassten Schulbetrieb.

## Die deutsche Gesellschaft überwinden

Im deutschen Rechtssystem werden häufig Rechte und Pflichten von der Staatsbürger\*innenschaft abhängig gemacht. Diese kann und darf aber nicht Kriterium sein, denn wer hier wohnt, soll auch das Recht haben, gleichberechtigt zu anderen behandelt zu werden, ohne dass sie\*er eine deutsche oder europäische Staatsbürger\*innenschaft innehat. Unter anderem hält das aktuelle Wahlrecht viele Menschen davon ab, sich an denjenigen demokratischen Prozessen zu beteiligen, die sie genauso betreffen.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert ein aktives und passives Wahlrecht auf allen Ebenen für alle Personen, die in der Bundesrepublik, ihren Ländern und Kommunen leben. Die Staatsbürger\*innenschaft darf kein Faktor mehr sein. Auch für Menschen ohne festen Wohnsitz und Asylbewerber\*innen muss das Wahlrecht in gleicher Form garantiert werden.

Ebenso dürfen grundlegende Rechte nicht davon abhängen, welcher Pass mitgetragen wird. Auch Menschen ohne festen Wohnsitz und Asylbewerber\*innen muss ein würdevolles Leben möglich sein, doch werden ihnen konsequent Grundrechte vorenthalten. Wir fordern über die Einhaltung der Grundrechte hinaus, dass die Rechte, die jeder\*em Bürger\*in zugestanden werden, tatsächlich für alle in Deutschland lebenden Menschen gelten. Es ist nicht erklärbar, dass ein Mensch nur wegen seiner Herkunft weniger Rechte hat und nur deutsche oder europäische Bürger\*innen vollwertig sind. Deshalb soll auch im Grundgesetz überall die Formulierung „Alle Deutsche“ durch „Alle Menschen“ ersetzt werden.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist es, mehrfache Staatsbürger\*innenschaften auf unkomplizierte Weise zu ermöglichen. Der Optionszwang steht diesem Ziel jedoch im Weg: jeder Mensch hat Anspruch darauf, sich jederzeit zu entscheiden, wo er leben, sich beteiligen und teilhaben möchte. All diese Forderungen müssen ebenso auf europäische und globale Ebene übertragen werden: unser Ziel ist es, das Konzept Staatsbürger\*innenschaft überflüssig zu machen und langfristig abzuschaffen.